

Wien, Freitag, den 1. Juli 1927.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 1. Juli 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat tritt sofort in die Verhandlungen ein.

StR. Speiser berichtet über Änderungen des Kollektivvertrages der Bediensteten der städtischen Lagerhäuser. Von den Änderungen sind insbesondere die Gewährung einer Weilmachtrenumeration im Ausmasse eines Wochenlohnes und die Zuerkennung einer Urlaubarenumeration im Ausmasse von zwei Wochenlöhnen hervorzuheben.

GR. Waldsan (E.L.) bemängelt einige Unklarheiten im Vertrag, begrüsst die im Vertrag enthaltenen Begünstigungen für die Bediensteten und erklärt, dass seine Partei gegen den Vertrag nichts einzuwenden habe.

GR. Haider (E.L.) erklärt, dass dem Vertrag ein grosser Mangel anhafte. Das Urteil des Obersten Gerichtshofes, wonach Bestimmungen in einem Kollektivvertrag, denen zufolge der Unternehmer verpflichtet sei, nur Angehörige einer bestimmten Organisation zu beschäftigen, gegen die guten Sitten verstossen und rechtsunwirksam seien, sei auf den Vertrag nicht angewendet. Das Urteil soll doch für alle Kollektivverträge gelten, soweit es sich um die Arbeitsvermittlung handle. Im Vertrag der Lagerhäuserbediensteten mit der Gemeinde Wien ist eine Bestimmung, dass die Arbeiter nur durch die sogenannte freie Gewerkschaft zu vermitteln seien. Das sei gleich bedeutend mit dem Organisationszwang. Die christlichen Gewerkschaften sind daher nicht in der Lage, bei der Gemeinde Wien Arbeiter christlicher Weltanschauung unterzubringen. Der Redner ersucht, der Referent möge eine diesbezügliche Vertragsänderung dem Gemeinderat vorschlagen.

In seinem Schlusswort erklärt StR. Speiser, dass die diesbezügliche Fassung des Kollektivvertrages gegenüber dem Urteil des Obersten Gerichtshofes durchaus haltbar sei. Ueberdies kann einem einzelnen Urteil keine rechtsbindende Kraft innewohnen. Es handelt sich um ein altes Recht der Gewerkschaften und diese haben gar keine Veranlassung, auf einzelne Rechte, wie z.B. auf das Recht der Arbeitsvermittlung, zu verzichten.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Thaler beantragt, die Wiener pädagogische Gesellschaft mit 1500 Schilling zu subventionieren.

GR. Höpeller (E.L.) kritisiert, dass die Wiener pädagogische Gesellschaft, die früher eine neutrale Gesellschaft war, nun auch in das Wiener Rote Meer geraten sei. Ihre wahren Führer sind die roten Pädagogen Fadrus und Schauch.

In seinem Schlusswort erklärt GR. Thaler, dass Gemeinderat Höpeller Gespenster sehe. (Heiterkeit bei der Minderheit). Die Wiener pädagogische Gesellschaft sei auch heute noch eine neutrale pädagogisch-wissenschaftliche Gesellschaft.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Thaler referiert weiters über das zehnte deutsche Sängerbundesfest, das im nächsten Jahr in Wien abgehalten werden wird. Er beantragt die Bevorschussung des Festes mit 1,500.000 Schilling. Die Gemeinde Wien übernimmt der Zentralsparkasse gegenüber bis zu diesem Betrage die Haftung.

GR. Uebelhör (E.L.) erklärt, dass die deutschen Sänger Oesterreichs stolz darauf sein können, dass hunderttausende Sänger nächstes Jahr zu dem Fest nach Wien kommen werden. Das Fest wird eines der grössten Veranstaltungen sein, die Wien je gesehen hat. Bis jetzt sind etwa 150.000 fremde Sänger angemeldet.

GR. Thaler verzichtet auf das Schlusswort, worauf der

Antrag angenommen wird.

StR. Professor Dr. Tandler beantragt die Genehmigung der Verwendung des Ertragnisses des letzten allgemeinen Sammeltages für die Armen Wiens. Die Fürsorgeinstitutsvorsteher haben einen Schlüssel ausgearbeitet, nach dem die Verteilung erfolgt. Die Verteilung hat bis jetzt klaglos funktioniert.

GRin. Wielsch (E.L.) erklärt, dass die Sammeltage keine Errungenschaft der Mehrheit seien. Vor dem Krieg waren die Blumentage und deren Ergebnis kam allen Armen ohne Unterschied der Partei und Religion zugute. Die damalige Gemeindeverwaltung habe diese Blumentage dadurch gefördert, dass sie den Veranstaltern Amtsräume und Personal zur Verfügung stellte. Die gegenwärtige Mehrheit hat aber damals in ihrer Presse diese Sammeltage bekämpft; heute macht sie sie selbst. Nur ist heute die Verteilung des Ertrages ein Monopol der Mehrheit. Es kommen auch immer noch Klagen darüber, dass die Schuljugend zu Sammlungen verwendet wird. Schliesslich soll auch eine perzentuelle Beteiligung den Sammlern am Ertrag gewährleistet werden, was wohl keine erfreuliche Erscheinung wäre. Die Gemeinde hat fünf Sammeltage im Jahr bewilligt. Der Sammeltag für den Landaufenthalt von Kindern ist gewiss notwendig, es wäre aber notwendig, dass der Referent Aufklärung darüber gibt, ob wirklich die Gemeinde für ihre Kinderfürsorge einen namhaften Betrag dieses Sammeltages bekommt. Der Sammeltag für die Rettungsgesellschaft ist eine grosse Entlastung für die Gemeinde, weil sie sonst selbst diese wichtige Einrichtung erhalten müsste. Die Sammeltage für die Blinden gaben viel Anlass zur Kritik, weil das Ertragnis nur an parteimässig eingestellte Vereine verteilt wurde. Wenn das jetzt anders wird, so ist es ein Verdienst des Stadtrates Tandler und der Minderheit, die immer auf diese ungerechte Verteilung verwiesen hat. Der Sammeltag für die Barmherzigen Brüder ist der einzige, dessen Ertragnis allen Kranken ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit und Konfession zugute kommt. Aber der Sammeltag für die Armen Wiens wäre nicht notwendig. Die Gemeinde hat die Lustbarkeitsabgabe und die Fürsorgeabgabe, die so viel bringen, dass ein eigener Sammeltag für Arme entfallen könnte. Leider werden die Wohltätigkeitsvereine von der Gemeinde überhaupt nicht oder nur sehr karg unterstützt. Es wäre wünschenswert, dass die Gemeinde einzelne dieser alten und sehr verdienstvoll wirkenden Vereine unterstützt oder ihnen einen gemeinsamen Sammeltag bewilligt. Die Gemeinde ist in vielen Fällen auf die Hilfe dieser Vereine angewiesen. (Beifall).

GR. Unterwiesing (E.L.) erklärt, dass die Verhältnisse in Mariahilf sich geändert hätten und trotzdem nur der gleiche Betrag, wie im Vorjahr aus dem Ertrag des Sammeltages gegeben wird. Die Gemeinde hat in Mariahilf ein Hausgehilfinnenheim errichtet und es einer sozialdemokratischen Organisation überantwortet. Der Nachweis der Zugehörigkeit zu dieser Organisation genügt, um im Fürsorgeinstitut Mariahilf eine Geldunterstützung zu bekommen. Was diese Hausgehilfinnen an Unterstützung bekommen, wird den übrigen Bedürftigen im Bezirk weggenommen. Es wäre doch klarer, wenn man gleich einen entsprechenden Betrag für die Unterstützung sozialdemokratischer Hausgehilfinnen bereitstellen würde. (Beifall).

StR. Professor Tandler erwidert, dass die Sammler keine Entschädigung erhalten; nur die Hausbesorger bekommen für ihre Mühe kleine Beträge. Schulpflichtige Kinder dürfen für Sammlungen nicht verwendet werden. Ein Erlass des Stadtschulrates verbietet ausdrücklich die Verwendung von Kindern. Neue Sammlungen können nicht bewilligt werden, weil sonst die schon bewilligten Sammeltage ein verkürztes Ertragnis bringen würden. Es ist nicht richtig, dass im Mariahilfer Hausgehilfinnenheim nur sozialdemokratisch organisierte Hausgehilfinnen aufgenommen werden. Mariahilf bekomme übrigens aus dem Ertrag des Sammeltages relativ mehr, als im Vorjahr. Der Verteilungsschlüssel wurde im Einvernehmen mit den Vorstehern der Fürsorgeinstitute der beiden Parteien einstimmig festgesetzt. (Beifall). Die Vorlage wird angenommen.

StR. Professor Tandler berichtet über die Umwandlung des Schlosses Wilhelminenberg in eine städtische Kinderherberge. Die Gemeinde muss für die beiden Heime in Grinzigg und am Tivoli, die nicht mehr entsprechen, einen geeigneten Ersatz schaffen. Die Kosten dieser Arbeiten werden mit 700.000 Schilling veranschlagt. Die neue Anstalt wird nach denselben Grundsätzen eingerichtet und geführt werden, wie alle übrigen städtischen Heime.

GR. Stöger (E.L.) bezeichnet es als erfreulich, dass dieses prächtige Schloss nicht an das Ausland verkauft wurde. Es ist begrüßenswert, dass das Gebäude für die Wiener Kinder gesichert wurde. Befremdend muss es aber scheinen, dass die Kinder dort nur vorübergehend bleiben sollen. Die Kinder werden also immer den Berg hinaufbefördert werden müssen und könne dies wohl kaum ohne Auto oder Strassenbahn geschehen. Würde das Schloss als Erholungsheim für blutarmer Kinder für längeren Aufenthalt dienen, dann wäre es eine einwandfreie Bereicherung der städtischen Kinderfürsorge. Uebrigens fassen die beiden nunmehr zur Auflassung kommenden Kinderheime 520 Plätze, während das Schloss Wilhelminenberg angeblich nur 480 Kinder Raum bieten soll. Ursprünglich war am Tivoli die Errichtung einer Kinderstadt geplant. In Russland hat man mit den Kinderstädten sehr ungsünstige Erfahrungen gemacht. Die Zusammenballung so vieler Kinder kann nicht zweckmässig sein. (Beifall).

StR. Professor Tandler antwortet, dass der Transport der Kinder mit Autos erfolgen wird. Es kommen übrigens nur gesunde in das Schloss Wilhelminenberg. Die Gemeinde wird die 500 Plätze nicht mehr brauchen, weil jetzt der Geburtenrückgang sich bereits auszuwirken beginnt. Insgesamt werden am Wilhelminenberg 200 Kinder untergebracht. Die Gemeinde gibt gesunde Kinder nach Möglichkeit in die Privatpflege, was viel vorteilhafter als die Anstaltspflege ist. Für Kleinkinder werden auch noch fünfzig Betten im Zentralkinderheim bereitgestellt. Die Errichtung einer Kinderstadt am Tivoli ist nicht geplant. Es sei nicht vorteilhaft Massenquartiere für Kinder zu schaffen, weil bei der leichten Empfänglichkeit dieser Kinder für infektiöse Krankheiten schwere Gefahren entstehen können. (Beifall).

Die Vorlage wird angenommen.

GR. Grünfeld berichtet, dass die Aufbahrungshallen im Krematorium den gesteigerten Ansprüchen nicht mehr genügen. Die Zahl der Einäscherungen hat sich seit der Eröffnung der Leichenverbrennungshalle verdreifacht. Im Jahre 1923 erfolgten 835 Einäscherungen, im Jahre 1926 waren es bereits 2391. Es sollen zwei Aufbahrungshallen geschaffen werden. Die Baukosten betragen 37.000 Schilling.

GR. Frinke (E.L.) bemängelt den schlechten Zustand der Wege, die zur Leichenhalle im Zentralfriedhof führen. Bei regnerischem Wetter müsse man durch einen Morast waten. Die Leichenhalle ist auch viel zu klein. Die Minderheit werde für diese Post nicht stimmen, weil die Mehrheit diesem Fall

mit dieser Vorlage wieder beweist, dass sie ihr parteipolitisches Interesse in den Vordergrund rückt und für das Krematorium fast in jeder Sitzung grössere Geldbeträge beansprucht. (Beifall).

GR. Grünfeld teilt mit, dass der Entwurf für die neue Leichenhalle im Zentralfriedhof bereits fertig sei und in kürzester Zeit den Gemeinderat beschäftigen werde. Die Wege zur Leichenhalle werden geteert, so dass alle Klagen aufhören. Die Vergrößerung der Aufbahrungshallen im Krematorium habe mit Parteipolitik nicht das geringste zu tun, sondern sei durch die starke Zunahme der Zahl der Einäscherungen bedingt. (Beifall).

Die Anträge werden angenommen.

GR. Schleifer beantragt die Gewährung eines Zuschusskredites von 715.000 Schilling für Sach- und Geldaushilfen für Bedürftige. Die Gemeinde hat eine Reihe von neuen Unterstützungsformen, insbesondere die Abgabe von Frischmilch für Säuglinge von Arbeitslosen, eingeführt, weshalb mit dem im Voranschlag eingesetzten Betrag das Auslangen nicht gefunden werden kann.

GR. Frinke (E.L.) erklärt, dass sich die soziale Gesinnung der Gemeindeverwaltung am besten bei der Behandlung der Pfründner zeige. Die Pfründen sind viel zu gering, Die statistischen Mitteilungen geben darüber einen lehrreichen Aufschluss. Nach ihnen haben im Dezember 1926 1508 Pfründner eine monatliche Pfründe von neun Schilling, 4727 eine solche von dreissig Schilling und 1141 eine solche von vierzig Schilling bekommen. Ein besonderes Kapitel sind auch die Aushilfen. Sie sind ebenfalls lächerlich geringe Beträge. Die sozialdemokratischen Fürsorgeräte betrachten die Fürsorgeinstitute als eine sozialdemokratische Einrichtung. Ihm sei ein Fall bekannt, wo einem Pfründner gesagt wurde, solange er nicht der sozialdemokratischen Partei beitrifft, werde es nicht möglich sein, dass er eine höhere Pfründe erhalte. Vor den Wahlen haben viele Pfründner eine Erhöhung ihrer Pfründe erreicht, die sie sonst nicht erreicht hätten. Jetzt werden die Pfründner wieder genau so brutal behandelt, wie vor den Wahlen. Der Frau eines Kellners, der schon fünf Monate im Spital liegt, und die auf dem Fürsorgeinstitut 34 Versatzzettel vorwies, wurde für ihre zwei unmündigen Kinder eine Aushilfe von sechs Schilling gegeben. Der Redner erklärt, dass das derzeitige System der Fürsorge eine soziale Schande für die Sozialdemokraten sei und dass sich gerade in der Behandlung der Arbeitslosen im Parlament und im Wiener Gemeinderat am besten die demagogische Handlungsweise der Sozialdemokraten zeige.

GR. Daffinger (E.L.) kritisiert ebenfalls, in den Fürsorgeinstituten parteimässig entschieden werde. Auch sei die Behandlung christlichsozialer Fürsorgefunktionäre eine solche, die man sich weiter nicht mehr bieten lassen kann. Die Fürsorgeabgabe ist für die Gemeinde ein glänzendes Geschäft. Als Einnahmen sind für 1927 68 Millionen Schilling und als Ausgaben 55.5 Millionen Schilling präliminiert. Die Gemeinde verdient also dabei 12 Millionen, immerhin eingutes Geschäft.

GRin. Dr. Motzko (E.L.) erklärt, dass der gesamten öffentlichen Fürsorge zwei charakteristische Merkmale anhaften. Das ist die Sparwut und die überspannte Auffassung vom rein parteipolitischen Standpunkt. Der Betrag, der heute angesprochen wird, ist wohl sehr gross, wird aber sicher nicht ausreichen. Sie wollen mit ihm darüber hinwegtäuschen, dass die Zuerkennung von Zuwendungen sehr viel zu wünschen übrig lässt. Die Rednerin bringt dann einige Fälle zur Sprache, wonach einem Arbeitslosen die Verpflegungsgelder für zwei unmündige Kinder gestrichen wurden und einer Pfründnerin in Hietsrang vom Fürsorgerat Petschina erklärt wurde, wenn sie sich sozialdemokratisch organisieren lasse, dann könne sie alles haben. So behandelt Ihre Organe die öffentliche Fürsorge. Wir verbieten uns, dass Fürsorgeräte ihr öffentliches Mandat missbrauchen, um Parteipolitik zu treiben. Sie kritisiert dann weiters, dass bei Abweisungen zwei Drucksorten verwendet werden, von denen eine, die blaue, kein Wort einer Rechtsbelehrung enthält. Warum geben Sie so eine Drucksache überhaupt hinaus? Sie wollen eben nicht, dass die Menschen zu ihrem Recht kommen. In der letzten Zeit wurde auch das Armenbäderwesen umgestaltet.

Sie bemängelt, dass für eine viel zu grosse Anzahl von Bezirken immer nur ein Bad zur Benützung bestimmt wurde. Für die Heissluftbäder der Armen kommt überhaupt nur das Amalienbad in Betracht. Das ist ein unhaltbarer Zustand, das ist eine Drangsalierung der armen Menschen. In letzter Zeit hat sich auch in Wien ein Pfründnerverein gegründet. Das ist eigentlich ein Schandfleck für Sie. So wie Sie bisher die Fürsorge betreiben, so geht es nicht weiter. Sparwut und Parteilass können nie wirksame Motive für eine Fürsorge sein. (Beifall bei der Minderheit).

In längeren Ausführungen nimmt nun Professor Dr. Tandler zu den verschiedenen Aeusserungen der Redner der Minderheit Stellung. Er erklärt, dass von einer Parteilichkeit in der Fürsorge keine Rede sein kann. Ich muss ganz entschieden dagegen protestieren, dass, wenn Verwürfe gegen einzelne Personen erhoben werden, dabei immer der Vorwurf gegen unsere gesamte Verwaltung erhoben wird. Sie haben kritisiert, dass Pfründner erst nach einem Jahr um Erhöhung ihrer Pfründe ansuchen können. Sie haben das durch Jahre geübt. Wir haben es aber abgeschafft. Bezüglich des blauen Abweisungsbescheides erklärt StR. Professor Tandler, dass diese Drucksorte bereits längst zurückgezogen worden sei. Der heute verlangte Zuschusskredit ist sicher kein Ausfluss einer besonderen Sparwut. Wir werden in der nächsten Zeit mit einem Antrag auf Genehmigung von 2.6 Millionen Schilling für Erhöhung von Pfründen kommen. Das kann ebenfalls kein Ausfluss besonderer Sparwut sein. Ich muss da auch bitten um doch in einer Zeit, in der drüben im Parlament um die Alters- und Invaliditätsversicherung gerauft wird, mit solchen Verwürfen zu kommen. (Beifall bei der Mehrheit).

Zu den Ausführungen des StR. Professor Dr. Tandler nimmt nun wieder die GRin. Dr. Metzke Stellung. Als sie sich darüber beschwert, dass am Wahltag die Pfleglinge in Lainz verhindert wurden, den Gottesdienst zu besuchen, ruft ihr GR. Hofbauer zu: Das ist ein Märchen! Darauf entgegnet ihm im erregten Ton die Rednerin, dass sie es sich verbiete, Lügen strafen zu lassen. Auf den Bänken der Minderheit herrscht Unruhe und in dieser führt die Rednerin fort, dass man sogar den Pfleglingen die Stimmzettel angeboten habe und sich sogar erbötig gemacht habe, mit ihnen in die Wahlzelle zu gehen. Als anderer Beweis für die parteimässige Einstellung in der Fürsorge diese, dass ein sozialdemokratischer Fürsorgerat einer Pfründnerin vor den Wahlen erklärt hat, sie verliere die Pfründe, wenn sie christlichsozial wählt. Diese Zustände müssen unbedingt beseitigt werden.

GR. Schleifer stellt in seinem Schlusswort fest, dass von einer parteipolitischen Agitation seitens sozialdemokratischer Fürsorgeräte nicht die Rede sein kann. Er habe vor längerer Zeit schon im Ausschuss eine Liste über Beschwerden über christlichsoziale Fürsorgerräte vorgelegt. Wien hat gerade in der Fürsorge ein grandioses Aufbauwerk vollbracht. Alle Welt zollt dem Anerkennung und das ist der Beweis, dass wir den richtigen Weg gehen.

Gegenüber der Behauptung des GR. Schleifer über die Einbringung einer Vorlage über Beschwerden über christlichsoziale Fürsorgerräte, erklärt die Gemeinderätin Dr. Metzke, dass ihr von einer solchen Liste nichts bekannt sei. Wohl aber habe GR. Schleifer den christlichsozialen Fürsorgefunktionär Schauer angegriffen, der nun schon gestorben sei.

GR. Schleifer berichtigt nun tatsächlich, dass er gegen Schauer nie ein Wort gesprochen habe. Er habe tatsächlich eine Liste vorgelegt und einige ihrer Fürsorgerräte wurden sogar von Ihnen zum Rücktritt veranlasst.

Der Antrag wird sodann angenommen.

StR. Weber referiert über die Siedlungsanlagen Süd-Ost, Flötzersteig, Neustrassäcker und Freihof. Die Siedlung Laaerberg werde 81 Objekte, Flötzersteig 68, Neustrassäcker 117 und Freihof 107, zusammen

also 373 Objekte umfassen. Er bitte um die Genehmigung der Projekte und um die Bewilligung zur Bauausführung.

GR. Ullreich (E.L.) meint, dass die Mehrheit sehr lange gebraucht habe, bis sie den Forderungen der Christlichsozialen bezüglich der Bauweise der Siedlungsanlagen Rechnung getragen hat. Man hat endlich die Räume unterkellert und auch grösser gemacht. Skandalös sei aber noch immer die Behandlung der Schrebergärtner. In Hietzing hat man den Leuten noch vor drei Wochen die Baubewilligungen für Hütten erteilt und am 1. Juli gekündigt. Am selben Tag hat die städtische Versicherungsanstalt diesen Leuten die Feuerversicherungspolize zugeschickt. Die Menschen werden dadurch sehr geschädigt, weil sie vertrauensvoll auf die Zusage des Magistrates verschiedene kostspielige Investitionen gemacht haben, die jetzt wertlos sind.

GR. Millik (E.L.) beantragt, dass in Zukunft diese Siedlungsanlagen in Baulose zerlegt werden, damit auch die kleinen Baumeister sich um Arbeiten bewerben können. Heute ist es den kleinen Bauunternehmern vollständig unmöglich, Gemeindeaufträge zu bekommen, weil die Baulose viel zu gross sind.

StR. Weber erklärt, dass die Wohnungen in den Siedlungshäusern mindestens 70 Quadratmeter gross sind und die Gemeinde selbstverständlich immer mehr diese Anlagen ausbaue und verbessere, worauf die Vorlagen genehmigt werden.

StR. Weber beantragt die Vermietung eines städtischen Hauses in Simmering an das Brauhaus der Stadt Wien zur Errichtung eines Bierdepots.

GR. Prinke (E.L.) verlangt, dass dieses Gebäude wirklich nur für Brauhauszwecke verwendet wird und nicht für die sozialdemokratischen Kinderfreunde, was der Referent in seinem Schlusswort zusagt.

GR. Schneider berichtet über den Bau einer Grossegarage und Bedürfnisanstalten, der bereits im September 1926 vom Gemeinderat genehmigt wurde. Er beantragt einen Sachkredit von 902.000 Schilling.

Die Gemeinderäte Untermüller, Binder und Körber (E.L.) besprechen verschiedene Bezirkswünsche. GR. Körber beantragt die Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Volkwehrplatz und wünscht den Bau einer unterirdischen Bedürfnisanstalt am Schwedenplatz. GR. Binder verlangt die Verlegung der städtischen Garage in der Rüdengasse und GR. Untermüller führt Beschwerde über den schlechten Zustand der Bedürfnisanstalt in der Mauer des Esterhazy-parks und am Gürtel in der Mariahilferstrasse.

GR. Schneider entgegnet, dass nicht alle Wünsche auf einmal erfüllt werden können. Die Gemeinde gehe aber auch auf diesem Gebiet zielbewusst und planmässig vor. Der Referentenantrag wird angenommen, der Antrag des GR. Körber abgelehnt.

GR. Schneider beantragt einen Zuschusskredit von 10.000 Schilling für die Herstellung der Denkmalgruppe Magna mater in der Kinderübernahmestelle.

GR. Erban (E.L.) bemängelt die fortwährenden Zuschüsse für diese Anstalt, worauf der Zuschusskredit genehmigt wird.

GR. Schneider berichtet über den Bau eines Unterkunftsgebäudes mit Bädern für die Reinigungsarbeiter des Schweinemarktes auf dem Zentralviehmarkt. Die Kosten werden mit 55.600 Schilling veranschlagt.

GR. Werbaul (E.L.) bezeichnet es als dringend notwendig, dass diese Anlage endlich errichtet wird. Auf dem Markt werden jetzt wöchentlich 15.000 Schweine aufgetrieben; alle Räume sind viel zu klein und es sei zu fürchten, dass auch diese Anlage nur eine Flickarbeit ist.

Die Vorlage wird angenommen.

Vierter Bogen.

GR. Schneider berichtet über Entwürfe für städtische Wohnhausanlagen in Ottakring (Brüsslgasse, Rudolfshaus, Graumanngasse), Hietzing (Moosbachergasse), Meidling (Koppreitergasse) und Leopoldstadt (Wohlmuthgasse).

GR. Millik (E.L.) beantragt, dass bei den Bauentwürfen ein Plan aufgelegt wird, aus dem auch die Verbauung der Nachbarhöfe zu ersehen ist. Bei dem Bau in der Brüsslgasse hat man nämlich Nachbarhöfe mit Feuermauern verdeckt, wodurch die Bewohner der angrenzenden Häuser schwer benachteiligt werden.

GR. Schinner (E.L.) bespricht die Pläne für die Wohnhausanlage in der Koppreiterstrasse; er bezeichnet diesen Bau als "Aserne". Die Zimmer sind nur 17 Quadratmeter gross und die Gemeindeverwaltung habe gar keine Ursache mit ihrer Wohnbaupolitik sich so hervorzutun. Der Wohnhausbau aus Steuergeldern sei auch unzweckmässig, aber die Sozialdemokraten haben daraus ein Politikum gemacht und nur der Demagogie mit dem Mieterschutz ihren Wahlerfolg zu verdanken.

In seinem Schlusswort erklärt GR. Schneider, dass der Wohnhausbau ganz normale Wohnungstypen enthalten wird.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Ohne Debatte wird weiters nach einem Referat des GR. Schneider der Entwurf für den Wohnhausbau in der Wohlmuthstrasse genehmigt und die Baubewilligung erteilt.

Ebenfalls ohne Debatte wird der Antrag des GR. Iser auf Neulegung eines Hochquellenleitungsrohrstranges in der Dürwaringstrasse und Blaselstrasse angenommen.

GR. Iser beantragt weiters die Neulegung eines Hauptverteilungsrohrstranges der Hochquellenleitung in der Geiselbergstrasse, Sedlitzkygasse, Grillgasse, Krausegasse und Rappbachgasse in Simmering.

GR. Prinke (E.L.) stellt an den Referenten die Anfrage, ob die neue Leitung für den Bedarf ausreichen wird.

Nach der Antzeignung des GR. Iser, dass die Leitung in Anbetracht des grossen Bedarfes überdimensioniert sei, wird der Antrag angenommen.

GR. Iser beantragt schliesslich für den Bau der Grossegarage in Margareten einen Zuschusskredit von 214.000 Schilling zu bewilligen.

GR. Angermayer (E.L.) erklärt, dass hinsichtlich dieses Antrages die Berichterstattung eine äusserst saloppe sei. Aus dem Referat und aus der Tagesordnung ist gar nichts zu ersehen. Das ist ein System, das als skandalös bezeichnet werden muss. Ein solches Referat und eine derartige Berichterstattung sei nichts anderes als eine Bagatelisierung des Gemeinderates. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Merbaul (E.L.) ersucht, den Bau raschestens zu beenden, was der Referent zusagt, worauf die Vorlage angenommen wird.

GR. Jenschik beantragt Sachkredite für die beiden Marktanlagen in Meidling Niederhofgasse und in Floridsdorf Pitkagasse.

GR. Gschladt (E.L.) meint, dass die Regulierung des Marktes in der Niederhofgasse längst notwendig gewesen wäre, aber erst vor den Wahlen erfolgte. Der Bezirksvorsteher von Meidling habe von den einzelnen Marktparteien eigenmächtig Beträge einkassiert.

GR. Jenschik bemerkt, dass der Vorredner schlecht unterrichtet ist, weil der Markt in der Niederhofgasse bereits seit einem Jahr fertiggestellt ist und deshalb in keinem Zusammenhang mit den Wahlen gebracht werden kann. Der Sachkredit wird bewilligt und GR. Weigl schliesst nach zehn Uhr abends die Sitzung.

Nächste Sitzung Dienstag 5 Uhr nachmittags.